

# Frankreich im Wahlfieber

Autor(en): **Pütz, A.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur**

Band (Jahr): **8 (1928-1929)**

Heft 1

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-156722>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

solchen stammt aus dem Jahre 1925 (Januar) und hat heute noch nicht einmal das Stadium der parlamentarischen Behandlung erreicht. Der provisorische Kampftarif vom November 1925 konnte zum ersten Male in den Verhandlungen mit Deutschland in die Waagschale geworfen werden. Durch die aufgezählten acht neuen Verträge sind 522 Positionen (461 ganze Positionen und 61 Expositionen) und 168 Positionen (108 ganze Positionen und 60 Expositionen) unseres schweizerischen Gebrauchs-tarifs von 1921 gebunden bzw. reduziert worden. Das scheint mir handelspolitisch das Wichtigste und Erfreulichste zugleich zu sein. Denn diesen Bindungen und Reduktionen stehen mindestens ebensoviele in den Zolltarifen unserer Vertragskontrahenten gegenüber. So sind, von unserm schweizerischen Standpunkte aus betrachtet, auf dem bis heute zurückgelegten Wege für eine im Ganzen genommen respectable Zahl von Zollpositionen einerseits weitere Schutzzollgelüste eingedämmt worden, und andererseits zum Teil nicht unwesentliche Reduktionen zu registrieren. Und so wird man zusammenfassend sagen können, daß die schweizerische Handelspolitik der Nachkriegszeit dem ihr von den wirtschaftlichen Notwendigkeiten des Landes gesteckten Ziele einer möglichst großen Handelsfreiheit um einen tüchtigen Schritt näher gekommen ist. Möge die weitere Entwicklung in der gleichen Richtung sich vollziehen.

## Frankreich im Wahlfieber.

Von A. Pütz, Paris.

Als erste europäische Großmacht eröffnet Frankreich den politischen Reigen. Die allgemeinen Kammerwahlen, die auf den 22. und 29. April angesetzt sind, leiten eine Reihe von Entscheidungen ein, die das Antlitz Europas für längere Zeit zu bestimmen geeignet sind.

Bei einer näheren Betrachtung dieser schicksalhaft wichtigen Volksbefragung fallen zunächst zwei Umstände ins Gewicht: Einmal, daß fast sämtliche politische Parteien das Kunststück zuwege gebracht haben, sich bei den breiten Wählermassen geradezu bodenlos zu diskreditieren; dann, dem widersprechend, daß das neue Wahlgesetz gerade im Sinne dieser Mittelparteien und gegen die bisher unverantwortlichen Außenseiter sich auswirken muß. Dieser Gegensatz zwischen Volkspshologie und Wirklichkeit schafft ein Chaos, das von vornherein das Ergebnis der Wahlen fälschen muß; man sehe sich nur einmal an, welche Intrigen sich um den Namen Poincaré spinnen! Von der äußersten Rechten bis tief in die Reihen der Sozialisten hinein rauft sich geradezu Alles um seine Schutzherrschaft: ein untrügliches Zeichen dafür, daß die verschiedenen Parteien nicht mehr auf ihr Programm vertrauen, sondern sich nach einem Symbol umsehen, das in den Augen der Massen mit einer Art Glorienschein umgeben ist. Man ist in dieser Richtung soweit gegangen, daß ernsthafte Politiker die kommenden Wahlen als eine Art *Plébiscit*

auffassen: Für oder gegen Poincaré! Alles andere tritt in den Hintergrund. Poincaré or not Poincaré. Und da die „Nein“-sager hier stark in der Minderheit sind — Kommunisten und Sozialisten, diese nicht einmal ausnahmslos — so streiten sich eben die Poincaristen unter sich, wer am meisten Poincarist sei. Der Ministerpräsident selber mag dieses Treiben vorab mit einigem Vergnügen betrachten; er erinnert sich ohne Zweifel an die Zeit — kaum vier Jahre sind es her — als er von seinen heutigen Ministern und Weihrauchspendern zu einer „öffentlichen Gefahr“ gestempelt wurde. Andererseits aber ist er in parlamentarischen Dingen viel zu sehr erfahren, um nicht zu wissen: Das „Hosannah“ kann sich rasch wieder in ein „Kreuzige“ verwandeln; es ist sogar mathematisch gewiß, daß Viele von denen, die sich heute Poincarés Popularität zu Nutzen machen, ihm bei der nächsten Gelegenheit den Dolchstoß versetzen werden. Der Ministerpräsident kennt genau die Grenzen seiner Macht — und seines Glücks. Im höchsten Triumph fühlt er seine Stunde nahen — sie ist umso näher, je erdrückender der Sieg derjenigen ist, die sich seine Freunde nennen.

Von jeher hat in Frankreich die sogenannte „Wahlstrategie“ eine große Rolle gespielt. Man weiß, daß die Grenzen zwischen den einzelnen Parteien nicht scharf gezogen sind; „Alles fließt“ hier, und man kann nach Belieben jeden Parteistrom in ein anderes Bett lenken. Die Kreiswahl mit Einmännersystem ist dieser allgemeinen Charakterlosigkeit wie auf den Leib zugeschnitten. Erlaubt ist, was nützt, das heißt, was den Wählerfolg sichert. Alle andern Bedenken, Grundsätze, Rücksichten müssen schweigen. Der Wähler selber findet im allgemeinen dies alles ganz in Ordnung. Er entscheidet sich ohnehin weniger nach Programmen, als nach Persönlichkeiten. Das große Problem der gegenwärtigen Wahlstrategie lautet: Soll im zweiten Wahlgang die Konzentration nach rechts oder nach links erfolgen? Im ersten Falle wird die gesamte „Republikanische Union“ einbegriffen, und der neue Block reicht von Marin bis Herriot — genau die heutige Regierungsmehrheit. Im andern Falle reißt die „Union“ entzwei, Marin mit Maginot und den Halbfaschisten des „Echo de Paris“ und der „Liberté“ bleiben rechts liegen, und es bildet sich ein linkes Zentrum, dessen Kern die gemäßigten Radikalen bilden; Nationalisten wie Sozialisten befinden sich auf der Gegenseite. Es muß hier gesagt werden: Ganz offen strebt Poincaré einen solchen Block an. Die Entwicklung dieses außerordentlichen Mannes ist ganz bemerkenswert. Nachdem er sich einmal dazu entscheiden konnte, die Außenpolitik in die Hände Briands zu legen, marschiert er in der inneren Politik immer weiter nach links. Die Angriffe auf die Republik selber, auf die Verfassung und die Laiengesetzgebung, wie sie von den Leuten um Marin, Millerand, Taittinger, Maginot immer wieder erfolgen, haben den streng republikanischen Staatsmann aufs Tiefste verlegt. Er scheint heute die Gefahr, die der Freiheit von rechts her droht, ernster einzuschätzen als die sozialistisch-kommunistische. Durch ihre von den Moskauer Machthabern auferlegte Taktik, in den beiden Wahlgängen gesondert aufzutreten, vernichten die Kommunisten ihre Aus-

sichten, die sonst bei der allgemeinen Unzufriedenheit sehr günstig gewesen wären; parlamentarisch gesprochen wird ihr Einfluß künftighin Null sein, da sie in der neuen Kammer wahrscheinlich nicht mehr als 3 Prozent bilden werden. Durch die gleiche Taktik werden die Sozialisten gezwungen sein, manchen ihrer Sitze an die bürgerlichen Parteien abzugeben, und im übrigen viel Wasser in ihren Rotwein zu gießen, besonders in der Provinz; sie werden wahrscheinlich noch 15 Prozent der Kammer darstellen. Ganz unverhofft hat sich die Lage der schwerkgeprüften Radikalen in den letzten Wochen bedeutend verbessert. Es ist ihnen nämlich gelungen, die erdrückende Last, die ihnen durch den Frankenniedergang unter Herriot aufgebürdet war, zum Teil wenigstens auf andere Schultern zu wälzen. Durch verschiedene Veröffentlichungen hoher Beamten wurde klar, daß schon vor 1924 die Lage die Schatzkammer verzweifelt war; die ganze Geschicklichkeit des „bloc national“ bestand darin, die Tatsachen zu verdecken, während das Linkskartell es an dieser Vorsicht fehlen ließ. Im übrigen haben von allen Parteien die Radikalen die besten und zuverlässigsten Wahlorganisationen; sie haben innerhalb 30 Jahren nur ein einziges Mal versagt, im Taumel des Sieges, des schrankenlosen Nationalismus, November 1919. Es scheint auch, daß der Abfall des rechten Flügels unter dem „Sachsen“ Franklin-Bouillon keine ernsthaften Folgen für die Partei selber haben wird. Das „Rückgrat der Republik“ ist fester, als sich manche träumen ließen, und trotz des innern Haders besteht alle Aussicht, daß es 1928 wie 1924 die stärkste Partei in der französischen Kammer bilden wird. Zumal sich von der rechten Seite her der Konzentrationsprozeß immer stärker bemerkbar macht. Radikale Linke, Republikanische Sozialisten, Linksrepublikaner, und wie alle diese Zentrumsparteien heißen mögen, verspüren das Bedürfnis, sich an einen Stärkeren anzuschließen. Die „Nationale Union“ ist ein schönes Wort: aber wenn ein de Kérillis ganz Frankreich mit Affichen bedeckt, die sämtliche Linksparteien mit Hohn und Spott überschütten; wenn das Linkskartell mit Herriot, Doucheur, Briand und Painlevé als eine Vereinigung von Übeltätern hingestellt wird, die Frankreich zu Grunde gerichtet und an seine Feinde verraten haben: dann ist eben eine „Union“, und wäre sie noch so national, nicht mehr denkbar. Hier spielt die Außenpolitik die größte Rolle: wenn diese Zeilen erscheinen, wird wohl auch Poincaré dazu klar Stellung genommen haben. Man hat bis jetzt vielfach gehört: Poincaré sei ein Gegner Briands. Man flüsterte von erregten Zwischenfällen, die sich in den Ministerräten zugetragen hätten. Man wußte von einem „tragischen Gewissenskonflikt“ bei Poincaré zu berichten: Um den Franken zu retten, mußte Briand im Kabinett geduldet werden, und damit eine Außenpolitik, die Poincaré als „katastrophal“ ansehe. Entspricht diese Darstellung, die man auch in der nichtfranzösischen Presse immer wieder findet, den genauen Tatsachen? — Dann ist die Völkerverständigung, die deutsch-französische Annäherung, der Bund der Nationen selber nur ein leeres Wort. Denn erscheint der Franken einmal gesichert, so wird es Poincaré nicht allzu schwer fallen, das Ansehen

Briands zu vernichten, wenn dieser es nicht vorzieht, nach dem Muster von Cannes lautlos-diskret zu verschwinden. Dann steuert Frankreich einer faszistischen Diktatur entgegen, denn es gibt hier nach Lage der Dinge keinen Mittelweg. Glücklicherweise jedoch liegen die Dinge nicht gerade so, wie sie gemeinhin beschrieben werden. Vielleicht geht Briand mit Poincaré nicht in allen Punkten einig; doch ist der Unterschied viel mehr in der Methode, als in den Grundsätzen und im Ziel. Poincaré hat seit der Zeit des Ruhrabenteuers manches gelernt, und die unerbittlichen Schuldforderungen der ehemaligen amerikanischen Verbündeten haben ein Übriges bewirkt. Jedermann weiß, um nur ein Beispiel dieser Sinnesänderung heranzuziehen, daß er persönlich für das „Deutsch-französische Studienkomitee“ Propaganda macht und seine besten Freunde zum Eintritt veranlaßt. Gewiß ist er nicht über Nacht zum rückhaltlosen Versöhnungspolitiker geworden: Jeden hält seine Vergangenheit irgendwie gefangen, und welche Vergangenheit hat nicht Poincaré! Aber der Umschwung ist nicht zu leugnen, und man würde außerhalb Frankreichs einen schweren Fehler begehen, wollte man den Ministerpräsidenten mit der Elle von 1923 heute noch messen. Mit einem Briand verglichen, stellt er ohne Zweifel das hemmende Element dar; man darf auch nicht vergessen, daß auf seiner rechten Seite der Mephisto Marin steht, eben jener intransigente Politiker, dessen sich Poincaré nach den Wahlen wahrscheinlich entledigen will.

Es gibt keinen praktisch gerichteten Staatsmann, der sich auf die Dauer dem Druck der Notwendigkeit zu entziehen vermöchte. Wenn Poincarés Ansehen heute bei den breiten Massen Frankreichs so unbestreitbar groß ist, so rührt dies neben dem Glorienschein als Frankenretter vor allem daher, weil er die starre Kriegsmaske abgelegt und dem großen Gedanken der Völkerverständigung sein kühles Herz erschlossen zu haben scheint. Der gemeine Franzose hat eine feine Witterung für die Tendenzen seiner Führer; er weiß genau, daß Poincaré heute auf dem außenpolitischen Gebiet nicht mehr die frühere Gefahr darstellt. Überschwängliche Hoffnungen sind natürlich nicht gestattet: das geschriebene, unverrückbar feststehende Gesetz heißt noch immer Versailles, und jedermann weiß, was dies besagen will. Das „neue Frankreich“, wenn dieser starke Ausdruck einmal gebraucht werden soll, ist fest entschlossen, eine reine do=ut=des=Politik zu treiben; eine fruchtbare Politik der Realitäten, die alles Gefühlsmäßige, somit auch den alten Haß und nationalistische Hirnspinne ausschaltet. Es sei in diesem Zusammenhang nur an die großen Hoffnungen erinnert, die sich an die deutschen Sachlieferungen in Ausführung des Dawesplanes knüpften. Wir haben uns in Duzenden von Wahlversammlungen umgesehen; nach den rednerischen Ausführungen über Finanzpolitik, Steuern u. f. w. folgte regelmäßig ein verführerischer Abschnitt über all die Möglichkeiten, die eine Zusammenarbeit mit der deutschen Industrie erschließt. Die Stadt Paris will dem Mieterelend abhelfen und zehntausend neue Wohnungen zu billigen Preisen errichten: Deutschland liefert sämtliche Baumaterialien. Man will die afrikanischen Kolonien durch gewaltige Eisenbahnstrecken

erschließen und das Mutterland in seinen Rohmaterialien unabhängig machen: Deutschland liefert Schienen, Schwellen und Wagen. Kanäle werden gegraben, Häfen ausgestaltet, Ströme schiffbar gemacht, Sümpfe trocken gelegt, Sandwüsten in fruchtbare Auen verwandelt: überall Deutschland, Deutschland, immer wieder Deutschland. Man stelle sich nur die Wirkung solcher Verheißungen auf das für dergleichen materielle Dinge äußerst empfängliche Gemüt des Durchschnittsfranzosen vor! Vielleicht, sicher sogar sind die Hoffnungen übertrieben, obschon der sehr energische Minister für öffentliche Arbeiten, André Tardieu, das Menschenmögliche in dieser Hinsicht tun wird: Aber die Überzeugung ist nun einmal festgeankert, daß durch deutsche Arbeit und Sachlieferungen manches besser wird, die Steuern heruntergeschraubt, das Leben sich angenehmer gestalten wird; daß durch eine Politik der reinen Macht, des Prestige und des Nationalismus diese schönen Aussichten mit einem Schlage vernichtet werden können. Alle pazifistische Ideologie beiseite: hier liegt der tiefere Grund für den unbestreitbaren Sieg des Verständigungsgedankens bei den breiten Massen. Auffallend zahlreich sind die „Enqueten“, die in den letzten Monaten von Generälen, Wirtschaftlern, Politikern, Journalisten und Schriftstellern in Deutschland veranstaltet worden sind. Welches auch im Einzelnen die Ergebnisse sein mögen, zwei letzte und kapitale Feststellungen werden ohne Ausnahme gemacht: die erste, daß deutsche Kraft in unglaublich kurzer Zeit das Wunder der Auferstehung vollbracht hat; die zweite, daß Frankreich wohl daran tut, zu lernen und sich diese Kraft zum Verbündeten zu machen. Die einen sind dabei rückhaltlos, die andern mahnen zur Vorsicht: die grundsätzliche Forderung aber bleibt die gleiche. Recht lehrreich ist auch ein Vergleich der gegenwärtigen Lage mit dem Wahlkampf von 1924, der mit dem bekannten Siege des Linkenkartells endete. Damals war es kritische Negation einer unfruchtbaren und international gefährlichen Politik, die den französischen Wählermassen den „roten“ Stimmzettel in die Hände zwang; im Grunde also eine Ideologie, die sich ihres Zieles nicht so recht bewußt war. Heute geben klare Erkenntnis und positives Interesse den Ausschlag; zugleich aber hat sich bei den Politikern selber ein ähnlicher Umschwung vollzogen, so daß die Sozialisten nicht mehr oder nicht mehr allein die Nutznießer sind.

Die Gruppe der grundsätzlichen „Nein“-sager zur Außenpolitik Poincaré-Briand ist nunmehr auf die äußerste Rechte zurückgedrängt. Sie besteht in der Hauptsache noch aus einigen klugen Journalisten wie Buré im „Avenir“, Bainville in der „Liberté“, Curtius im „Gaulois“, Bertinax im „Echo de Paris“; einigen starken Persönlichkeiten wie Marin, der Minister für Pensionen, Millerand, der Senator, Reynaud, der feurigste Redner unter den Nationalisten. Sie verwerfen den Völkerbund in seiner heutigen Form, erblicken in Locarno die größte Gefahr für Frankreich und seine Verbündeten im Osten, erblicken das einzige Heil in einem neuen Dreibund Frankreich-Italien-England. Welche Teile der breiten Volksmassen hängen ihnen noch an? Ohne Zweifel ein großer Teil der Intellektuellen und, mit den Royalisten der „Action Française“ zu-

sammen, der studierenden Jugend. Weite Kreise des Bürgertums und der Industrie. Wenn es Poincaré wirklich gelingt, durch die Tätigkeit seiner Präfekten das „rechte Zentrum“ vom linken abzusondern, läßt ihre Niederlage keinen Zweifel. Die französische Politik im Innern wie nach Außen hin würde durch eine solche Operation an Klarheit gewinnen. Was würde man zum Beispiel von einer deutschen Regierung sagen, die bei allen Abstimmungen die Unterstützung der Nationalsozialisten und Bölkischen genösse? In dieser Lage befindet sich seit 18 Monaten das Kabinett Poincaré: es genießt das volle Vertrauen eines Taittinger, des französischen Hitler.

Es gibt Leute genug in Frankreich, die das Ende des gegenwärtigen Chaos und das letzte Heil in einer Versöhnung zweier Politiker sehen, die jeder für sich einen Ausdruck ihrer Nation darstellen: Poincaré und Caillaux. Vor dem Kriege bereits ist das Wort geprägt worden: Solange der Lothringer und der „Necker von Namers“ nicht zusammengehen, ist weder im Innern noch nach Außen hin eine Rettung zu erwarten. Richtig ist, daß eine solche Versöhnung zweier Weltanschauungen den Krieg 1914 vielleicht vermieden hätte: Caillaux war immer ein erklärter Gegner des Ruffenbündnisses, von dessen offensiver Klausel er übrigens selbst als Ministerpräsident keine Kenntnis hatte; mit Poincaré zusammen wäre von 1912 an eine fruchtbare Verständigungspolitik mit Deutschland möglich gewesen. Heute hat sich Poincaré ohne jeden Zweifel dem „Caillautismus“ genähert, und es sind zumeist persönliche Gründe, die noch stark trennend wirken. Die Optimisten in Frankreich hoffen von den nächsten Wahlen, daß sie in dieser Hinsicht manches Vergangene wieder gutmachen werden: trifft wirklich diese Erwartung zu, so ist eine große Schlacht gewonnen, die französische Politik von einem schweren Hemmschuh befreit. Das neue Ministerium würde dann etwa folgendes Gesicht zeigen: Außenes Briand, Finanzen Poincaré, Unterricht Herriot, Krieg Painlevé (wenn dieser „wandernde Politiker“ in Gex-Mantua wiedergewählt wird, was noch gar nicht so sicher ist), und irgend ein anderes Ressort: Montigny, der junge und geschickte Parteigänger Caillaux'. Das wäre dann wirklich das „große Ministerium“, dem das Vertrauen der ganzen Nation auf unabsehbare Zeit sicher wäre. Denn hier spielt ein anderer Gesichtspunkt herein, der insgemein nicht genug berücksichtigt wird. Von seiner Außenpolitik abgesehen, gilt Caillaux bei den breiten Massen noch immer als der Mann, der Frankreichs Steuerstern auf eine gerechtere Grundlage stellen wollte. Mehr als alle sonstigen Betrachtungen ist dies für den Durchschnittsfranzosen entscheidend: Wie der „vie chère“, der teuren Lebenshaltung und den erdrückenden Steuern abgeholfen werden kann. Im Mai 1924 stürzte Poincaré, weil er als der Urheber des verhassten „doppelten Zehntels“ galt; seither sind die Lasten noch viel schwerer geworden, der gesamte Haushalt erreicht 60 Milliarden Franken, 12 Milliarden in Gold, fast das Dreifache von 1914; und die Ungerechtigkeit der Verteilung noch größer! Der Bauer gibt seine Erzeugnisse zu lächerlich niedrigen Preisen ab; der Verbraucher kauft die gleichen Erzeugnisse um das Doppelte oder

Dreifache. Die französische Industrie produziert noch immer billig genug, aber unzählige Handelssteuern verteuern die Fertigwaren, die auf dem inneren Markte zum Teil über Weltmarktpreis stehen. Die ins Ungeheuerliche angewachsenen Staatsausgaben unterliegen einer vernichtenden Kritik; Frankreich besitzt heute den teuersten Beamtenapparat der Erde — bei sehr unterwertigen Leistungen, die übrigens zu den geringen Einzellöhnen in einem genauen Verhältnis stehen. Die öffentlichen Verwaltungen scheinen oft beinahe still zu stehen; man spricht insgemein von ihnen nur im Tone lächelnder Verachtung oder Entrüstung. Besonders das jüngere Geschlecht, das mit amerikanischem Tempo vertraut ist, erhebt sich gegen all diese Mißstände: hier liegt die große Unbekannte bei den nächsten Wahlen. „Die Stimme der Jungen“ ist eine einflußreiche Zeitschrift, die im Sinne moderner Ideen wirkt und schonungslose Kritik an dem alten Hause der Nation übt. Ihr Leiter ist Senator de Joubert, der einen neuen Syndikalismus gründen will, dem das gesamte arbeitende Bürgertum angehören soll. Um der neuen Bewegung zuzukommen, hat Poincaré sich vor kurzem mit der alten C. G. T. des Gewerkschaftsführers Jouhaux in Verbindung gesetzt und dessen syndikalistisches Programm zum Teil gutgeheißen; in feierlicher Sitzung eröffnete er auch den „Nationalen Wirtschaftsrat“ und trat gewissen korporativen Gedankengängen näher. Sämtliche Parteien haben solche modernen Forderungen in ihr Programm aufgenommen; aber es besteht doch sehr wenig Aussicht dafür, daß sich das in diesen Dingen äußerst konservative Frankreich über Nacht zu einem fortschrittlichen Staat ummauern wird. Es ist dies alles Zukunftsmusik, die man aus andern Ländern staunend vernimmt, ins eigene Haus aber nicht so leicht wie einen fremden Jazz einführt. Wie alles Neue findet es in Frankreich begeisterte Bewunderer, aber auch entschiedene Gegner; und den Ausschlag geben immer die Trägen, die am Alten starr festhalten. Die breiten Massen fordern übrigens gar nicht soviel: ein paar kleine Reformen, ein wenig Gerechtigkeit nur, ein bißchen Leben in den verfallten Staatsapparat. Es gibt kein Volk in Europa, das gegenwärtig so leicht geführt und regiert werden kann wie das französische.

In die Tiefe moderner Probleme also wird auch diese Volksbefragung nicht dringen. Ihre internationale Wichtigkeit liegt darin, daß mit größter Wahrscheinlichkeit ein endgültiges, politisches Gesicht geschaffen wird, das auf Jahre hinaus sich gleich bleibt. Dazu wurde das Wahlrecht ins reine Mehrheitsystem umgewandelt: um eine breite Tragfläche herzustellen, die allen Erschütterungen Stand zu halten vermag. Poincaré braucht eine Arbeitsmajorität, Briand einen starken Rückhalt für seine Außenpolitik. Beides werden die Wahlen schaffen. Die Besiegten werden die starren Nationalisten, die Kommunisten und die auf Klassenkampf eingestellten Sozialisten sein.